

Leserbriefe

Im wachsenden Fluglärm sieht dieser Leser auch einen Eingriff in das Grundrecht auf Gleichbehandlung.

Gegen die Unbewohnbarkeit

Über Fluglärm redet in Mainz jeder. Nur stelle ich immer wieder fest, dass die meisten nicht richtig informiert und viele immer noch der Meinung sind, das wäre doch alles nicht so tragisch. Es ist schon seltsam, dass ein Mensch, der am Sonntag seinen Rasen mäht, dafür bestraft werden kann, in einer Stadt oder Gemeinde Auflagen gemacht werden, wie hoch eine Lärmbelastung sein darf, 45 bis 55 Dezibel je nach Tageszeit und Gebiet. Wenn ein Unternehmen in einem der betroffenen Wohngebiete mit seinem Betrieb so viel oder nur annähernd so viel Lärm erzeugen würde, dem Betrieb würde sofort die Er-

laubnis der Produktion entzogen.

Nur der Flughafenbetreiber ist ungeachtet dessen zwar nicht selbst Lärmverursacher, nimmt ihn aber billigend in Kauf zum Schaden derjenigen, die überflogen werden mit teilweise Lärmspitzen von 60 bis 75 Dezibel und mehr. Es ist leicht auszurechnen, dass derjenigen, der derzeit am Tage rund 700 und mehr Maschinen über sich brausen hört, dem Durchdrehen nahe sein kann und daran denkt, seine Immobilie zu verkaufen.

All denjenigen ist Rechnung zu tragen, die Flugzeuge benutzen wollen oder müssen, aber nicht um jeden Preis. Nicht um den Preis, dass Menschen entgegen der Grundgesetzauslegung verletzt und benachteiligt wer-

den. Schließlich wäre dem unerträglichen Lärm insbesondere über Mainz leicht entgegen zu wirken, einfach durch Verbot des zurzeit niedrigen Überfliegens der Wohngebiete. Höher einfliegende Maschinen sind durchaus ertragbar, kommen doch die dicksten Maschinen, bei denen mitunter die Tassen im Schrank wackeln, seltsamerweise auch in den niedrigsten Korridoren geflogen. Das nennt man dann optimale Auslastung zum Leidwesen der Anwohner.

Die Fraport denkt zwar über Wertverlustentschädigungen nach, ich fürchte nur, das gilt nicht grenzüberschreitend. Mir ist klar, dass Teile der rechtsrheinischen Gebiete, zum Beispiel Raunheim, unbewohnbar sein werden. Gegen solch eine Entwicklung sollten sich alle Mainzer vehement wehren, dafür ist unsere Stadt zu wertvoll. Unbewohnbarkeit haben wir nicht verdient.

*Richard Wagner
55 127 Mainz*

Thema

■ Beeinträchtigung der Wohnqualität durch Fluglärm

Heftig diskutiert wird das Thema Fluglärm in Hinblick auf die Entwicklung der Immobilienpreise. Dazu meint dieser Leser.

Hoffnungslos

Der Lärm war und ist heute wieder einmal besonders schlimm. Ich sage das eher resignierend, weil sich seit vielen Jahren – und nicht erst seit der Diskussion um die Flughafenerweiterung – nichts tut. Selbst die immer wieder ins Auge gefassten Argumente der Erhaltung von zigtausend Arbeitsplätzen stehen in keinem Verhältnis, auch zahlenmäßig

nicht, zu den höchst beeinträchtigten Lebensbedingungen von rund zweihunderttausend Bewohnern der Stadt Mainz und der umliegenden Gemeinden. Der Werteverfall des Standortes, von dem die AZ sehr zutreffend berichtet, übersteigt bei weitem die erwarteten wirtschaftlichen Erfolge der Flughafenbetreiber, also von verhältnismäßig wenigen.

Dieser Tage sprach ich mit dem Inhaber einer Beratungsfirma aus dem Rhein-Main-Gebiet, der seine ursprüngliche Absicht aufgab, sich in Mainz niederzulassen, und

jetzt in den Taunus geht. Der Grund: Es sei seinen Mitarbeitern nicht zuzumuten, unter solchen Lärmbedingungen die erwarteten geistigen Leistungen zu erbringen, bzw. den ganzen Tag unter lärmgeschützten Bedingungen eingesperrt zu sein.

Mich macht die ganze einseitige Entwicklung traurig und zunehmend hoffnungslos. Ich habe den Eindruck, dass auch bei den Verantwortlichen für die Bürgerbelange eher Resignation vorherrscht.

*Dieter Schweickhardt
55 129 Mainz*

Immobilien noch weniger wert

mon. Die Entwertung von Immobilien durch Fluglärm sei noch höher als in einem AZ-Bericht vom Samstag dargestellt, meinen Mainzer Gegner des Flughafen-Ausbaus in Frankfurt. Nach einer 2005 veröffentlichten Studie der Uni Chemnitz sei davon auszugehen, dass in einer Region mit hoher Lärmimmission rund 40 Prozent der Personen mit Wertminderun-

gen für die von ihnen bewohnten Immobilien zu rechnen hätten, erklärt Friedrich Herzer von der Gesellschaft für humane Luftfahrt. Dies entspreche in Mainz 80 000 Personen, die in rund 30 000 Wohnungen und Häusern wohnten. Bei einer Wertminderung von bis zu 20 Prozent habe die Studie ein durchschnittliches Minus von 8 Prozent berechnet.